

28.02.1986

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761  
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

Berichterstatter Abgeordneter Trabalski SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 11 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986/Ausgegeben: 03.03.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.



BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 11 wurde vom Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, vom Verkehrsausschuß, vom Kulturausschuß und vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/320 bis 10/323 - dargestellt. Danach haben diese Fachausschüsse bis auf den zuletzt genannten Ausschußänderungen zum Entwurf des Einzelplans 11 empfohlen.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Zum Beratungsverfahren bezüglich des Personalhaushalts wird auf den Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 - Drucksache 10/735 - verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 27. Februar 1986 abschließend mit dem Einzelplan 11 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse. Weitere Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die Fraktion der CDU stellte insgesamt 23 Anträge und die Fraktion der F.D.P. insgesamt 7 Anträge, die bereits in die entsprechenden Fachausschüsse eingebracht und dort abgelehnt worden waren. Die CDU-Anträge sind im Anhang 1 und die F.D.P.-Anträge im Anhang 2 zu diesem Bericht im einzelnen aufgeführt.

Über die Anträge wurde ohne vorherige größere Aussprache abgestimmt. Dabei wurden die CDU-Anträge mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und die F.D.P.-Anträge mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 11 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss  
Vorsitzender



Anderungsanträge

der Fraktion der CDU zum Einzelplan 11, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
32	11 020	531	10	Öffentlichkeitsarbeit	Ansatz: 261.000,-DM Kürzung um 130.000,-DM	Neuer Ansatz 130.000,-DM

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
32	11 020	531	20	Veröffentlichungen und Dokumentation	Ansatz: 280.000,-DM Kürzung um 100.000,-DM	Neuer Ansatz 180.000,-DM

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
34	11 020 511	Verbrauchsmaterial für die Datenverarbeitung	Ansatz : 75.000,-DM Kürzung um 15.000,-DM Neuer Ansatz 60.000,-DM	
	60			
Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
34	11 020 515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die ADV	Ansatz : 511.900,-DM Kürzung um 100.000,-DM Neuer Ansatz 411.900,-DM	
	60			

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel	Titel			
34	11 020	518	Mieten für ADV - Geräte	Ansatz : 41.800,-DM Kürzung um 30.000,-DM Neuer Ansatz 11.800,-DM		
		60				

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel	Titel			
34	11 020	538	Ausgaben für Daten- verarbeitung	Ansatz : 139.200,-DM Kürzung um 70.000,-DM Neuer Ansatz 69.200,-DM		
		60				



Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
34	11 020 812	Erwerb von ADV-Geräten	Ansatz : 1.044.100,-DM	
	60		Kürzung um 900.000,-DM	
			Neuer Ansatz 144.100,-DM	
Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
40	11 040 685	Für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit	Ansatz : 350.000,-DM	
	13		Kürzung um 150.000,-DM	
			Neuer Ansatz 200.000,-DM	

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
42	11 040 821	Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzfarmachung von Brauchflächen	Ansatz Verpflichtungs-ermächtigungen 25.000.000.- DM Kürzung um 15.000.000,- DM Neuer Ansatz 10.000.000,-DM VE	
	10			
Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
44	11 040 821	Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzfarmachung brachliegender Zechen-, Industrie- und Verkehrsflächen im Ruhrgebiet	Ansatz VE : 20 MioDM Kürzung um 20 Mio DM Neuer An- satz VE -----	
	20			

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPL. S.	Kapitel	Titel				
46	11 040	883		Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung	Ansatz VE : 0 Erhöhung um VE 119,5 Mio DM Neuer Ansatz VE 119,5 Mio DM	
			40			

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPL. S.	Kapitel	Titel				
48	11 040	653		Zuweisungen an 60 Gemeinden (GV)	Ansatz : 500.000,-DM Kürzung um 500.000,-DM Neuer Ansatz 0 DM	
			60			
					Ansatz VE : 250.000,-DM Kürzung um 250.000,-DM Neuer Ansatz VE 0	

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450) in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
48	11 040	684		Zuweisungen an 60 Sonstige	Ansatz : 500.000,-DM Kürzung um 500.000,-DM Neuer Ansatz 0	
					Ansatz VE 250.000,-DM Kürzung um 250.000,-DM Neuer An- satz VE 0	
Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
48	11 040	531		Veröffentlichungen 70 und Dokumentation	Ansatz : 290.000,-DM Kürzung um 140.000,- DM Neuer Ansatz 150.000,- DM	

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
48	11 040	533	70	Informationstagungen	Ansatz : 25.000,-DM Kürzung um 25.000,-DM Neuer Ansatz 0	
Einzelplan		11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
48	11 040	536	70	Untersuchungen durch Dienststellen und Einrichtungen des Landes	Ansatz VE 0.5 Mio DM Kürzung um 0,5 Mio DM Neuer Ansatz VE 0	

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHEP. §.	Kapitel			
126	11 100 526	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	Ansatz : 470.000,-DM	
	00		Kürzung um 70.000,-DM	
			Neuer Ansatz 400.000,-DM	
			Ansatz VE 0,2 Mio DM	
			Kürzung um 0,2 Mio DM	
			Neuer An- satz VE 0	

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel			
48	11 040	Untersuchungen durch Dritte	Ansatz : 2.9 Mio DM	
	685		Kürzung	
	70		um 0.4 Mio DM	
			Neuer	
			Ansatz 2.5 Mio DM	
			Ansatz VE 1.3 Mio DM	
			Kürzung	
			um 1.0 Mio DM	
			Neuer An-	
			satz VE 0.3 Mio DM	

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPL. S.	Kapitel Titel			
128	11 100 531	Kosten für Veröffentlichung und Dokumentation	Ansatz : 220.000,-DM	
	00		Kürzung um 70.000,-DM Neuer Ansatz 150.000,-DM	

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPL. S.	Kapitel Titel			
192	11 500 653 30	Entwurfsbearbeitung (einschl. Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Landesstraßen	Der Ansatz dieses Titels ist von 32 409 100 DM um 2 360 000 DM auf 32 769 100 DM zu erhöhen.	Die Begründung wird mündlich gegeben.



Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP L. S.	Kapitel Titel			
194	11 500 883 12	Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme	Der Ansatz bei diesem Titel ist von 93 000 000 DM um 3 240 000 DM auf 96 240 000 DM zu erhöhen.	Die Begründung wird mündlich gegeben.

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP L. S.	Kapitel Titel			
194	11 500 883 13	Baumaßnahmen des Landesstraßenaußenbauplanes	Der Ansatz bei diesem Titel ist von 141 090 900 DM um 18 000 000 DM auf 159 090 900 DM zu erhöhen.	Die Begründung wird mündlich gegeben.

Einzelplan 11		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP L. S.	Kapitel Titel			
214	11 500 883 17	Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise zur Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast (Kraftfahrzeugsteuer-verbund)	Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (vgl. zweite Ergänzungsvorlage, Drucksache 10/650) ist zu streichen.	Die Begründung wird mündlich gegeben.

18

Anderungsanträge

der Fraktion der F.D.P. zum Einzelplan 11, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

Antragender Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
11			
Kapitel 11 020	Haushaltsentwurf 86	Kürzung um 10% = 26.000 DM	Rückführung der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung auf ein angemessenes Maß.
Titelgr.	531 10 Öffentlichkeitsarbeit		
261.000 DM			
Titel 531 10	531 20 Veröffentlichungen und Dokumentation	Kürzung um 10% = 28.000 DM	
280.000 DM			
Haushaltsentw. 86			
Seite 32			
0			
Einzelplan	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 11	Entwurf 86:	Kürzung um 900.000 Mio	Da vom sozialen Wohnungsbau ohnehin keine Impulse mehr ausgehen, ist kein Schwerpunkt für die Forschung erkennbar. Da es sich um Kosten handelt, die nach der II. Berechnungsverordnung nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen eingebracht werden können, handelt es sich offenbar um eine versteckte Sub- vention des sozialen Wohnungsbaus.
Titelgr. 70	Untersuchungen durch Dritte		
2.9 Mio DM			
Titel 685 70			
Haushaltsentw. 86			
Seite 48			

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan 11	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 11 060	Entwurf 1986	Der Ansatz der Titelgruppe 70 wird um 90 Mio. DM für neue Maßnahmen nach dem Härteausgleich gekürzt.	Der Härteausgleich führt dazu, daß bei Instandhaltungsmaßnahmen von Wohnungen nicht mehr wirtschaftlich gearbeitet wird. Der rentabel und kostensenkend arbeitende Wohnungseigentümer wird letztlich bestraft. Die Begründung des Wohnungsministers für den Härteausgleich, "gestiegene Zinsen für Kapitalmarktmittel", ist hinfällig, da seit 1985 ein Rückgang des Zinsniveaus zu verzeichnen ist und der Trend weiter fallend sein dürfte. Es kann nicht Aufgabe des Landes sein, die durch Gebührenerhöhung der Kommunen entstandene Mietsteigerung aufzufangen. Der Wohnungsbauminister weist hierzu z.B. laufende Aufwendungen für Entwässerung und Müllabfuhr" auf. Als weitere Begründung für den Härteausgleich werden vom Wohnungsminister "gestiegene laufende Aufwendungen wegen des Abbaues staatlicher Subventionen" genannt. Dies ist ein Widerspruch in sich. Staatliche Subventionen werden nicht mit dem Ziel abgebaut, sie durch neue zu ersetzen. Durch die Zahlung von Härteausgleich sollen die Fehler der Förderung des sozialen Wohnungsbaus kaschiert werden. Der Wohnungsbauminister gesteht bei der Begründung für den Härteausgleich ein, daß das Ziel, Einkommenschwächeren Gruppen angemessenen Wohnraum bei Mietpreisen zu verschaffen, die unter den entsprechenden Mieten anderer nicht geförderter Wohnungen liegen, nicht immer einzuhalten ist.
Titelgr. 70	Zusätzliche Maßnahmen des Landes zur Förderung des Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens		
Titel	863 70 Darlehn		
Haushaltsentw. 84	893 70 Zuschüsse		
Seite 84	Summe Titelgruppe 70 560.121 Mio. DM		

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachern 10/450, 10/500)

<p>Einzelplan</p>	<p>Zweckbestimmung</p>	<p>Antrag</p>	<p>Begründung</p>	<p>Seite 2</p>
<p>Kapitel</p>				
<p>Titelgr.</p>				
<p>Titel</p>				
<p>Haushaltsw. 86</p>				
<p>Seite</p>				

Wenn schon nicht subventioniert werden soll, dann wäre es günstiger, die nicht geförderten Wohnungen zu subventionieren, sie wären dann immer noch billiger als die Wohnungen im sozialen Wohnungsbau. Die Ausführungen und Begründungen des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zum "Härteausgleich" 83/87 zeigen, daß das Konzept in sich und unter Berücksichtigung des Gesamtwohnungsmarktes nicht schlüssig ist. Es führt zu einer Verschleuderung von Steuergeldern und einer weiteren Verzerrung des Wohnungsmarktes. Es sollte insbesondere geprüft werden, in wie weit der Härteausgleich dazu dienen soll, daß die wegen gravierender Fehlplanungen schwer vermietbaren Wohnungen der Neuen Heimat zu Lasten anderer, besser geplanter Wohnungen, trotzdem vermietet werden können.

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachern 10/450, 10/500)

<p>Einzelplan 11</p>	<p>Zweckbestimmung</p>	<p>Antrag</p>	<p>Begründung</p>
<p>Kapitel 11 470</p>	<p>Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung von ortsfesten Anlagen der Straßen für Stadtbahnen.</p>	<p>Der Ansatz von 4,9 Mio. DM wird um 1,5 Mio. DM erhöht.</p>	<p>Da die Stadtbahnen immer mehr Kilometer von ortsfesten Anlagen in Betrieb nehmen geht der Zuschuß je Kilometer immer mehr zurück.</p>
<p>Titelgr.</p>	<p>4,9 Mio. DM</p>		<p>Um diese Entwicklung aufzuhalten, werden mit der Erhöhung der Mittel die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen.</p>
<p>Titel 682 00</p>			
<p>Haushaltsentw. 86</p>			
<p>Seite 169</p>			

Deckungsvorschlag:  
siehe Einsparungen bei Kapitel 11470  
Titel 682 61

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan 11	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 11 470	Entwurf 1986:	Kürzung des Ansatzes 1986 um 3 Mio. DM auf 76,4 Mio. DM	Entsprechend Vorlage 10/174 sind für "Versuche zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV" 3 Mio. DM vorgesehen.
Titelgr. 61	Titelgruppe 61		Nach den Ausführungen den Ministers können die Versuche für eine Tatverdichtung im S-Bahnbereich aus technischen Gründen 1986 nicht realisiert werden.
Titel	Entwicklung und Förderung von Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften, Versuche zur Erhöhung der Attraktivität sowie Förderung der Rationalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs		Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel können entfallen bzw. zum Deckungsausgleich bei Ausgabenerhöhungen bei anderen Titeln herangezogen werden.
Haushaltsentw. 86	653 61		
Seite 172	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		
	682 61		
	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen		
	685 61		
	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		
	Summe Titelgruppe	79,4 Mio. DM	



Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 11.	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 11500	Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise zur	Die Landesregierung wird	Die Förderung des Radwegebaus hat sich
Titelgr. -	Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbau-	aufgefordert, bei der	im Grundsatz bewährt. Bei der Realisierung
Titel 883 17	last <i>502, 825 Mio DM</i>	Förderung des Radwege-	besonders schwieriger Maßnahmen, die wegen
Haushaltsentw. 86		baus in besonderen Ein-	städtebaulicher/technischer Gründe
Seite 214		zelfällen eine bis zu	besonders kostenintensiv sind, entstehen
		100%-ige Förderung zu	nicht selten vermeidbare Verzögerungen.
		ermöglichen.	Um dies zu vermeiden, sollte beispielsweise
			bei modellartigen Projekten eine Förderung
			durch das Land bis zu 100% möglich sein.
			Da die Mittel für den Radwegebau in den ver-
			gangenen Jahren nicht völlig ausgeschöpft
			wurden, ist diese Aufforderung an die
			Landesregierung ohne finanzielle Auswir-
			kung auf den Haushalt 1986



31

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

26.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**

**10/ 320**

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Berichterstatter Abgeordneter Trabalski SPD

### Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 11 wird mit nachfolgenden  
Änderungen zugestimmt.

## Bericht

### A Allgemeines

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Einzelplanes 11 in den Sitzungen am 22. Januar sowie 5. und 26. Februar 1986 beraten.

Dabei wurde auf Antrag der SPD-Fraktion der Haushaltsvermerk über die Wohneigentumssicherungshilfe neu gefaßt. Die von der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vorgelegten zahlreichen Änderungsanträge fanden keine Mehrheit.

### B Ergebnis der Beratungen

I. Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

Beschlüsse zu den Personalansätzen wurden vom Ausschuß nicht gefaßt.

II. Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

1. Titel 531 10 - Öffentlichkeitsarbeit

2. Titel 531 20 - Veröffentlichungen und Dokumentation

Abgelehnt wurden die Anträge der CDU-Fraktion, die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit um 130 000 DM sowie die Ansätze für Veröffentlichungen und Dokumentation um 100 000 DM zu kürzen. Begründet wurden sie damit, daß mit den verbleibenden Ansätzen die Öffentlichkeitsarbeit ausreichend finanziert sei.

Eine Kürzung um jeweils 10 Prozent beantragte der F.D.P.-Sprecher. Hierdurch sollte die überzogene Selbstdarstellung

der Landesregierung auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Auch diese Anträge fanden keine Mehrheit.

3. Titelgruppe 60 - Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung

a) Titel 511 60 - Verbrauchsmaterial für die Datenverarbeitung

Die CDU-Fraktion beantragte, den Ansatz von 75 000 DM auf 60 000 DM zu kürzen, was unter Beachtung des Ist-Ergebnisses von 1984 als völlig ausreichend erscheine. Der Antrag wurde abgelehnt.

b) Titel 515 60 - Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die ADV

Der Sprecher der CDU-Fraktion wies darauf hin, daß es sich bei diesem Ansatz um beliebte "Spielmaterialien" handele. Wenn man hier nicht aufpassen würde, würde dies leicht ausufern. Sein Antrag, den Ansatz um 100 000 DM zu kürzen, konnte keine Mehrheit finden.

c) Titel 518 60 - Mieten für ADV-Geräte

Hier beantragte die CDU-Fraktion, 30 000 DM einzusparen. Sie wies darauf hin, daß nach dem Wortlaut der ergänzenden Erläuterungen zum Haushalt in der Vorlage 10/225 die Geräteanbieter dazu übergegangen seien, Mietverträge nicht mehr zu verlängern, sondern ihre Produkte zu verkaufen. Hierzu erklärte ein Sprecher des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, daß es in der Zwischenzeit gelungen sei, nochmals eine Steuereinheit anzumieten, so daß der Haushaltsansatz richtig sei. Der CDU-Kürzungsantrag wurde abgelehnt.

d) Titel 538 60 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Auch hier konnte der mit dem Ist-Ergebnis 1984 begründete Antrag der CDU-Fraktion auf Kürzung um 70 000 DM keine Mehrheit finden.

e) Titel 812 60 - Erwerb von ADV-Geräten

Im Sinne einer Streckung der Ausgaben hielt es die CDU-Fraktion für angebracht, den rund 1,04 Millionen DM umfassenden Ansatz um 900 000 DM zu kürzen. Der Antrag wurde abgelehnt.

III. Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Freizeit

1. Titel 685 13 - Für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit

Hierzu lagen zwei Kürzungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vor. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion wies darauf hin, daß wachsende Freizeit zu einem Untersuchungsgegenstand geworden sei, der der Grundlagenforschung bedürfe. Diese Forschung sei mit den bereits im Vorjahr bereitgestellten Mitteln zu leisten. Deshalb könne der Ansatz um 50 000 DM gekürzt werden. Weitergehend beantragte die CDU-Fraktion, den Ansatz um 150 000 DM zu kürzen mit der Begründung, die verbleibenden Mittel in Höhe von 200 000 DM seien ausreichend. Beide Anträge wurden abgelehnt.

2. Titel 821 10 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen
3. Titel 821 20 - Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung brachliegender Zechen-, Industrie- und Verkehrsflächen im Ruhrgebiet

Hierzu beantragte der Sprecher der CDU-Fraktion, die Verpflichtungsermächtigungen bei Titel 821 10 um 15 Millionen DM und bei Titel 821 20 um 20 Millionen DM zu verringern. Nach Auffassung seiner Fraktion komme es darauf an, sehr schnell Geld für wichtige beschäftigungspolitische Maßnahmen bereitzustellen. Im Bereich des Grundstücksfonds erscheine es möglich, eine Streckung vorzunehmen. Beiden Kürzungsanträgen konnte sich die SPD-Fraktion nicht anschließen. Sie wurden abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit bat der Sprecher der F.D.P.-Fraktion den Minister, doch alsbald einmal einen Bericht zu den Grundstücksfonds vorzulegen. Dies wurde zugesagt.

4. Titel 883 40 - Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung

Im Interesse einer vollen Unterstützung des Bund-Länder-Sonderprogramms zum Städtebau beantragte der Sprecher der CDU-Fraktion, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 119,5 Millionen DM neu auszubringen. Zur Begründung verwies der Sprecher weiter auf den vorliegenden Plenar Antrag der CDU-Fraktion, den die Landesregierung nur zu einem Teil aufgegriffen habe. Sprecher der SPD-Fraktion hielten dem entgegen, dieser Antrag beinhalte einen Wechsel auf die Zukunft, den man nicht mitunterzeichnen könne. Auch der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen könne sich seiner Mitverantwortung für die Deckung des Gesamthaushalts nicht entziehen. Ebenfalls dem Antrag

nicht anschließen konnte sich der Sprecher der F.D.P.-Fraktion. Seiner Auffassung nach sei es günstiger, kassenwirksame Mittel bereitzustellen. Hierzu bemerkte der Minister, daß nur durch das Instrument der Verpflichtungsermächtigungen eine kontinuierliche Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen möglich sei, auf die es hier ankäme. Der Antrag wurde abgelehnt.

5. Titelgruppe 60 - Förderung von Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand

a) Titel 653 60 - Zuweisungen an Gemeinden (GV)

b) Titel 684 60 - Zuweisungen an Sonstige

Die Förderung von Initiativen, deren Ziel es sei, den Übergang zwischen Arbeit und Ruhestand durch freizeitpolitische Maßnahmen zu erleichtern, ist aus Sicht der CDU-Fraktion landesseitig nicht sinnvoll. Das Land sei viel zu weit weg von diesen Initiativgruppen, die besser durch die Städte und Gemeinden unterstützt werden sollten. Im übrigen sei man auch nicht bereit, eine so teure Spielwiese des Ministeriums mitzutragen. Aus diesen Gründen beantragte die CDU-Fraktion, die Baransätze von jeweils 500 000 DM sowie die Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 250 000 DM ersatzlos zu streichen. Die SPD-Fraktion lehnte dies ab.

6. Titelgruppe 70 - Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten der Stadtentwicklung und des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens



a) Titel 531 70 - Veröffentlichungen und Dokumentation

Abgelehnt wurde der CDU-Antrag, den Ansatz um 140 000 DM zu kürzen, wodurch ein völlig ausreichender Mittelansatz gewährleistet sei.

b) Titel 533 70 - Informationstagungen

Hier beantragte die CDU-Fraktion, den Ansatz von 25 000 DM ersatzlos zu streichen, was keine Mehrheit fand. Zur Begründung hatte der Sprecher angeführt, in Zeiten enger öffentlicher Haushalte sei es den Fachleuten durchaus zuzumuten, Tagungen aus eigener Tasche zu finanzieren.

c) Titel 536 70 - Untersuchungen durch Dienststellen und Einrichtungen des Landes

Da nicht zu erkennen sei, daß bei diesem Titel Verpflichtungsermächtigungen zwingend ausgewiesen werden müßten, beantragte der Sprecher der CDU-Fraktion den ersatzlosen Wegfall der ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 0,5 Millionen DM. Der Antrag wurde abgelehnt.

d) Titel 685 70 - Untersuchungen durch Dritte

Zu diesem Titel lagen Anträge der CDU-Fraktion als auch der F.D.P.-Fraktion vor, die keine Mehrheit finden konnten. Bei den Barmitteln hatte die CDU-Fraktion eine Kürzung um 0,4 Millionen DM beantragt, während der Kürzungsantrag der F.D.P.-Fraktion mit 0,9 Millionen DM noch weitreichender war. Außerdem begehrte der Sprecher der CDU-Fraktion eine Absenkung des Verpflichtungsermächtigungs-Ansatzes um 1 Million DM. Zur Begründung führte er aus, daß die schlechte Haushaltssituation entsprechende Einsparungen unbedingt erfordere. Seiner Auffassung nach müßten ent-

sprechende Untersuchungen bei den verbliebenen Ansätzen erledigt werden können, ohne daß Dienststellen in ihrer Existenz gefährdet wären. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion machte darauf aufmerksam, daß seiner Auffassung nach vom sozialen Wohnungsbau ohnehin keine Impulse mehr ausgingen, wodurch kein Schwerpunkt für die Forschung erkennbar sei. Da es sich im übrigen um Kosten handele, die nach der II. Berechnungsverordnung nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen eingebracht werden könnten, handele es sich offenbar um eine versteckte Subvention des sozialen Wohnungsbaus.

IV. Kapitel 11 050 - Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau

Zu diesem Kapitel wurden Änderungsanträge nicht gestellt. In einer kurzen wohnungsbaupolitischen Debatte stellte der Sprecher der CDU-Fraktion die Forderung auf, daß die Landesregierung alles tun solle, um die vorliegenden Anträge im Eigentumsbereich zu bedienen und dabei die Verpflichtungsermächtigungen voll ausschöpfen solle. Hierzu bemerkte der Sprecher der SPD-Fraktion, daß man es sich so einfach nicht machen könne und vielmehr auch nach sozialer Dringlichkeit zu entscheiden haben werde. Als Beispiele verwies er auf die Bereiche der Wohnheimplätze sowie der Behinderten- und Altenwohnungen. In diesem Zusammenhang kündigte der Sprecher der F.D.P.-Fraktion an, seine Fraktion beabsichtige, die Wohnungsbauförderungsanstalt in ihrer derzeitigen Form aufzulösen. Hierzu würde alsbald ein Antrag vorgelegt.

- V. Kapitel 11 060 - Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau
- Titelgruppe 70 - Zusätzliche Maßnahmen des Landes zur Förderung des Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloß der Ausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der beiden anderen Fraktionen folgende Änderungen:

1. Haushaltsvermerk Nr. 6 erhält folgende Fassung:

"6. Aus den Mitteln dürfen Darlehen oder Aufwendungsdarlehen für Zwecke der Wohneigentumssicherungshilfe eingesetzt werden. Die Wohneigentumssicherungshilfe kann für Eigentümer von mit öffentlichen oder nicht öffentlichen Mitteln geförderten Familienheimen oder eigengenutzten Eigentumswohnungen bewilligt werden, um drohenden Zwangsversteigerungen rechtzeitig vorbeugen zu können oder sie zu verhindern. Die Hilfe ist beschränkt auf Familien mit mindestens zwei Kindern im Sinne von § 32 Abs. 4 bis 7 EStG oder Haushalte mit einem schwerbehinderten Angehörigen, der in der Erwerbsfähigkeit um mindestens 80 v.H. gemindert ist. Die Einkommensvoraussetzungen nach § 25 II. WoBauG müssen erfüllt sein."

2. In den Erläuterungen wird in der ersten Zeile die Zahl "5" ersetzt durch die Zahl: "6".

Zur Begründung wies der Sprecher der SPD-Fraktion darauf hin, die im Jahr 1984 eingeführte Wohneigentumssicherungshilfe sei 1985 hinsichtlich des begünstigten Personenkreises der Familien mit drei Kindern auf Familien mit zwei Kindern ausgedehnt worden, weil es aus sozialen und familienpolitischen Gründen sich als notwendig erwiesen

habe, unter Beibehaltung der grundsätzlichen Zielrichtung und der übrigen Förderungsvoraussetzungen das Programm auch weiteren hilfebedürftigen, in Notlagen befindlichen Familien zugute kommen zu lassen. Die Ausdehnung war dabei an die Zustimmung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen geknüpft. Es sei festzustellen, daß die für die Ausdehnung des begünstigten Personenkreises maßgebenden Gründe unverändert fortbeständen und die nach dem Haushaltsansatz zur Verfügung stehenden Mittel auskömmlich seien. Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Neufassung des Haushaltsvermerks trage dem Rechnung, sehe aber davon ab, die Ausdehnung noch von einer gesonderten weiteren Zustimmung des Ausschusses abhängig zu machen. Dies vor allem deshalb, um im Interesse der betroffenen Familien eine möglichst frühzeitige Hilfe sicherzustellen.

Nicht durchsetzen konnte sich die F.D.P.-Fraktion mit ihrer Forderung, den Ansatz der Titelgruppe 70 um 90 Millionen DM für neue Maßnahmen nach dem Härteausgleich zu kürzen. Dies wurde sowohl von der SPD-Fraktion als auch von der CDU-Fraktion abgelehnt. Zur Begründung des Antrags führte der Sprecher der F.D.P.-Fraktion aus, hiermit würden keine Kürzungen im investiven Bereich vorgenommen und im übrigen Verantwortung für den Gesamthaushalt getragen. Demgegenüber verwies der Sprecher der SPD-Fraktion auf die Folgen, die dieser Antrag für sozial Schwache in unserem Land habe. Eine drastische Anhebung der Mieten für diesen Personenkreis sei mit der SPD-Fraktion nicht zu verwirklichen, vor allem auch deshalb nicht, weil der Antrag dazu dienen solle, die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der F.D.P. zu unterstützen. Im einzelnen begründete der Sprecher der F.D.P.-Fraktion den Antrag damit, daß der Härteausgleich dazu führe, daß bei Instandhaltungsmaßnahmen von Wohnungen

nicht mehr wirtschaftlich gearbeitet werden könne. Letztlich bestraft werde dadurch der rentabel und kostensenkend arbeitende Wohnungseigentümer. Die Begründung des Städtebau- und Wohnungsministers im Hinblick auf gestiegene Zinsen für Kapitalmarktmittel sei hinfällig, da seit 1985 ein Rückgang des Zinsniveaus zu verzeichnen sei und der Trend weiter fallend sein dürfte. Es könne auch nicht Aufgabe des Landes sein, die durch Gebührenerhöhung der Gemeinden entstandenen Mietsteigerungen aufzufangen. Als weitere Begründung für den Härteausgleich werde vom Städtebau- und Wohnungsminister auf gestiegene laufende Aufwendungen wegen des Abbaus staatlicher Subventionen verwiesen. Dies sei ein Widerspruch in sich. Staatliche Subventionen würden nicht mit dem Ziel abgebaut, sie durch neue zu ersetzen. Durch die Zahlung des Härteausgleichs sollten im übrigen auch die Fehler der Förderung des sozialen Wohnungsbaus kaschiert werden. So gestehe der Minister ein, daß das Ziel, einkommensschwächeren Gruppen angemessenen Wohnraum bei Mietpreisen zu verschaffen, die unter den entsprechenden Mieten anderer nicht geförderter Wohnungen lägen, nicht immer einzuhalten sei. Wenn schon nicht subventioniert werden sollte, dann wäre es nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion günstiger, die nicht geförderten Wohnungen zu subventionieren. Diese Wohnungen wären dann immer noch billiger als die Wohnungen im sozialen Wohnungsbau. Insgesamt gesehen zeigten die Ausführungen und Begründungen zum Härteausgleich, daß das Konzept des Ministers in sich und unter Berücksichtigung des Gesamtwohnungsmarktes nicht schlüssig sei. Es führe zu einer Verschleuderung von Steuergeldern und einer weiteren Verzerrung des Wohnungsmarktes. So sollte insbesondere die Frage beantwortet werden, inwieweit der Härteausgleich dazu diene, daß die wegen gravierender Fehlplanungen schwer vermietbaren Wohnungen der Neuen Heimat zu Lasten anderer, besser geplanter Wohnungen trotzdem vermietet werden könnten.

VI. Kapitel 11 080 - Staatshochbauverwaltung

Anträge wurden hierzu nicht vorgelegt.

VII. Kapitel 11 100 - Institut für Landes- und Stadtentwicklungs-  
forschung

1. Titel 526 00 - Sachverständige; Gerichts- und ähnliche  
Kosten

Abgelehnt wurden die Anträge der CDU-Fraktion, den Baransatz um 70 000 DM zu kürzen und die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 200 000 DM ersatzlos zu streichen. Begründet wurden die Anträge damit, Verpflichtungsermächtigungen würden nicht benötigt und der gekürzte Ansatz sei ausreichend bemessen.

2. Titel 531 00 - Kosten für Veröffentlichungen und  
Dokumentation

Unter Hinweis auf die Haushaltsrechnung 1984 und in Anbetracht der schlechten Finanzlage setzte sich die CDU-Fraktion dafür ein, den Ansatz um 70 000 DM auf 150 000 DM zu vermindern. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit.

VIII. Kapitel 11 200 - Landesprüfamt für Baustatik Düsseldorf

Anträge wurden hierzu nicht gestellt.

IX. Kapitel 11 300 - Schloß Augustsburg und Schloß  
Falkenlust in Brühl

Änderungsanträge wurden nicht gestellt.

C Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 11 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen fällt, mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion der F.D.P. nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen angenommen.

Trabalski  
Vorsitzender





**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

10. Wahlperiode

C 1

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/321**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Verkehrsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Böse SPD

Beschlußempfehlung

Dem Einzelplan 11 - soweit es den Verkehrsbereich betrifft -  
wird nach Maßgabe der nachstehend aufgeführten Änderungen  
zugestimmt.

BerichtI. Allgemeines

Der Verkehrsausschuß hat die in seine Zuständigkeit fallenden Kapitel des Einzelplans 11 in den Sitzungen am 5. Dezember 1985, 16. Januar und 6. Februar 1986 beraten. Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. wurden in der Sitzung am 20. Februar 1986 behandelt und abgestimmt.

In der Schlußabstimmung wurde den Kapiteln des Einzelplans 11 nach Maßgabe der vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zugestimmt.

Zur Beratung des Haushaltsentwurfs lagen dem Verkehrsausschuß die Vorlagen 10/174, 10/225, 10/236, 10/253 und 10/282 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vor.

II. EinzelberatungA. Personaltitel

Dem Personaletat 1986 stimmte der Verkehrsausschuß einstimmig zu.

B. Sachtitel

- |    |                       |   |   |
|----|-----------------------|---|---|
| 1. | <u>Kapitel 11 460</u> | - | Allgemeine Bewilligungen<br>- Verkehr -       |
|    | <u>Titelgruppe 70</u> | - | Maßnahmen zur Sicherheit im<br>Straßenverkehr |

Die Fraktion der SPD beantragte, die Erläuterungen wie folgt zu erweitern:

nach "Vergabe von Aufträgen - Entwicklung und Umsetzung von Initiativen zur Verkehrssicherheit" wird angefügt:

"- Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Jahres der Verkehrssicherheit 1986."

Die SPD-Fraktion will mit dieser Erweiterung der Erläuterungen sicherstellen, daß die Landesregierung das "Europäische Jahr der Verkehrssicherheit 1986" in ihre Überlegungen zur Verkehrssicherheitsarbeit in 1986 einbeziehen könne.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 2. Kapitel 11 470 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs
- 2.1 Titel 682 00 - Zuschüsse zu den Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung von ortsfesten Anlagen der Strecken für Stadtbahnen

Neuer Ansatz: 6 900 000 DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 2 000 000 DM auf 6 900 000 DM zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Durch die Annahme des SPD-Antrages hatte sich der F.D.P.-Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 1 500 000 DM erledigt.

Mit der Erhöhung des Ansatzes sollte sichergestellt werden, daß die Zuschußmittel an die Betriebe bei der weiter steigenden Zahl von ortsfesten Anlagen des Stadtbahnbetriebes nicht weiter zurückgehen.

- 2.2 Titel 891 20 - Zuschüsse für Investitionen an die Deutsche Bundesbahn zur Verbesserung der Nahverkehrsbedienung

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag zum "Ausbau der S-Bahn Rhein-Ruhr" (s. Anlage 1) wurde einstimmig beschlossen.

- 2.3 Titelgruppe 61 - Entwicklung und Förderung von Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften, Versuche zur Erhöhung der Attraktivität sowie Förderung der Rationalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

- Titel 653 61 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Neuer Ansatz: 46 800 000 DM

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Ansatz um 2 000 000 DM auf 46 800 000 DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Kürzung des Ansatzes um 3 000 000 DM wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Die Kürzung der Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs bei Titel 682 00 ist nach Auffassung der SPD ver-

treten, da die Mittel für die Versuche zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs nicht in vollem Umfang in 1986 abfließen können.

- 3. Kapitel 11 500 - Straßen- und Brückenbau
- 3.1 Titel 653 30 - Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Landesstraßen

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 2 360 000 DM auf 34 769 100 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Zur Begründung dieser und der folgenden Anträge zum Straßenbauhaushalt führte die CDU-Fraktion aus, sie wolle sicherstellen, daß die Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund in voller Höhe den Gemeinden und Kreisen zur Finanzierung ihrer Straßenbaulasten verbleibe. Die CDU befürchte, daß die diesjährig erstmalige Fremdbelastung der GFG-Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund in Zukunft zur Regel werde.

Die SPD-Fraktion betonte, die Investitionsmittel blieben nach wie vor bei den Gemeinden. Die Gemeinden und Kreise könnten die Mittel für den Straßenbau oder andere Investitionsmaßnahmen verwenden. Aus der gegebenen Haushaltssituation müsse die SPD-Fraktion die CDU-Anträge ablehnen.

- 3.2 Titel 883 12 - Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio. DM Gesamtkosten je Maßnahme

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 3 240 000 DM auf 96 240 000 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

- 3.3 Titel 883 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Ansatz um 18 000 000 DM auf 159 090 900 DM zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die Erläuterungen zu Titel 883 13 (Haushaltswurf S. 196 - 207) wurden vom Verkehrsausschuß noch nicht abgestimmt. Dazu ist eine weitere Sitzung des Ausschusses am 4. März 1986 vorgesehen, deren Ergebnis dem Haushalts- und Finanzausschuß zu seiner Sitzung am 10. März 1986 mitgeteilt wird.

Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. zu den Erläuterungen sind als Anlage 2 und 3 diesem Bericht beigelegt.

- 3.4 Titel 883 17 - Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise zur Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast (Kraftfahrzeugsteuerverbund)

Der Antrag der Fraktion der SPD, den Haushaltsvermerk Nr. 1 wie folgt zu ändern:

"Die gemäß § 25. Abs. 2 Buchstabe a) GFG 1986 schlüsselmäßig auf die Gemeinden und Kreise aufzuteilenden Zuweisungen können auch zur Deckung von Belastungen aus Maßnahmen des Baues und der Unterhaltung von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs und seiner Beschleunigung, des Schienengüterverkehrs nicht bundeseigener Eisenbahnen in überwiegend kommunaler Trägerschaft, des Umweltschutzes im Verkehrsbereich, der Verkehrssicherheit und der Verkehrsberuhigung verwendet werden."

wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU, den Haushaltsvermerk Nr. 4 zu streichen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., bei der Förderung des Radewegeausbaus in besonderen Einzelfällen eine bis zu 100 %ige Förderung zu ermöglichen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Kröhan  
Vorsitzender





Anlage 1

## Ausbau der S-Bahn Rhein-Ruhr

Der Verkehrsausschuß nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß 14 Jahre nach Abschluß des Ausführungsvertrages über den Ausbau der S-Bahnstrecke Düsseldorf Hauptbahnhof - Duisburg Hauptbahnhof noch keine genehmigte Planung für die endgültige Ausgestaltung des Streckenabschnittes zwischen Düsseldorf-Derendorf und Duisburg mit der Verbindung zum Flughafen Düsseldorf vorliegt.

Der Verkehrsausschuß fordert die Landesregierung auf, weiterhin gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbahn mit Nachdruck dafür einzutreten, daß auf der S-Bahn-Linie S 1 zwischen Düsseldorf Hauptbahnhof und Duisburg Hauptbahnhof sowie auf der S-Bahn-Linie S 7 zwischen Düsseldorf Hauptbahnhof und Düsseldorf Flughafen der 20-Minuten-Grundtakt eingeführt wird. Damit dieses Betriebsprogramm möglichst schnell, spätestens aber zur Inbetriebnahme der Ost-West-S-Bahn im Jahre 1988 realisiert werden kann, müssen die noch erforderlichen Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden.

Ferner bittet der Verkehrsausschuß die Landesregierung, auf den Bau der "Nordkurve" zur Herstellung einer direkten Verbindung zwischen dem Ruhrgebiet und dem Flughafen Düsseldorf hinzuwirken. Die gegenwärtigen Umsteigezeiten in Düsseldorf-Unterrath von teilweise mehr als eine halbe Stunde widersprechen dem verkehrspolitischen Ziel, in der Relation Ruhrgebiet - Flughafen Düsseldorf eine attraktive Schnellbahn-Verbindung herzustellen. Bei der großen Zahl von Flugreisenden aus dem Ruhrgebiet ist eine umsteigefreie und regelmäßige Direktverbindung dringend erforderlich, die mit Sicherheit zu einer verstärkten Inanspruchnahme der S-Bahn führen würde.

- D2
- Landesstraßenbauamt Coesfeld -
    - L 608 Bau der OU Gescher:  
Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.
  
  - Landesstraßenbauamt Hagen -
    - L 705 Ausbau in Hattingen zwischen L 924 und Baumtsgrenze:  
Der Betrag für 1986 wird um 1,2 Mio DM auf 1.300.000,-- DM vermindert.
  
  - L 924 Bau der OU Hattingen/Blankenstein:  
Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.
  
  - Landesstraßenbauamt Münster -
    - L 555 Ausbau der OD Greven einschließlich Beseitigung eines BÜ:  
Für 1986 wird ein Betrag von 200.000,-- DM angesetzt.
  
  - Straßenneubauamt Münster -
    - L 593 Neubau/Ausbau bei Rheine:  
Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.

1. Landschaftsverband Rheinland

- Rheinisches Straßenbauamt Aachen -

L 19 Ausbau zwischen Erkelenz (K 29) und Wassenberg/Myhl (K 9):  
Der Betrag für 1986 wird um 1,5 Mio DM auf 1,5 Mio DM vermindert.

- Rheinisches Straßenbauamt Bonn -

L 332 Neubau der innerstädtischen Umgehung Troisdorf  
Teilstrecke L 332 - L 143:  
Der Betrag für 1986 wird von 500.000,-- DM auf 4 Mio DM erhöht

- Rheinisches Straßenbauamt Euskirchen -

L 253 Neubau/Ausbau zwischen Jülich/Altenburg und Jülich:  
Der Betrag für 1986 wird um 500.000,-- DM auf 815.000,-- DM vermindert.

- Rheinisches Straßenbauamt Gummersbach -

L 306 Ausbau zwischen Gummersbach/Nochen (L 98) und Gummersbach/Herreshagen (L 365):  
Der Betrag für 1986 wird um 2.500.000,-- DM auf 500.000,-- DM vermindert.

- Rheinisches Straßenbauamt Wesel -

L 215 Ausbau zwischen Oberhausen/Buschhausen (K 3) und der OD Oberhausen:  
Für 1986 wird ein Betrag von 1 Mio DM angesetzt.

2. Landschaftsverband Westfalen-Lippe

- Landesstraßenbauamt Bielefeld -

L 751 Bau der OU Oerlinghausen:  
Für 1986 wird ein Betrag von 100.000,-- DM angesetzt.

- Landesstraßen-Autobahnamt Bochum -

L 608 Neubau zwischen Dorsten und Lembeck; Teilstrecke L 612 - B 58:  
Die Maßnahme wird neu eingesetzt und für 1986 ein Betrag von 100.000,-- DM in  
Ansatz gebracht.

L 639 n (642) Neubau in Recklinghausen/Hochlarmark:  
Der Betrag für 1986 wird um 500.000,-- DM auf 1 Mio DM erhöht.

Änderungsanträge zu einzelnen Straßen:

- L 12/238 (Seite 197 des Entwurfs)  
Antrag: Für das Haushaltsjahr 1986 sind im Regierungsentwurf noch keine Mittel vorgesehen. Wegen notwendiger Vorarbeiten Einstellung von DM 200.000
- L 238 (Seite 197 des Entwurfs)  
Antrag: Erhöhung des Betrages von DM 200.000 auf DM 0,5 Mio. wegen zügiger Fortführung der Arbeiten.
- L 518 (Seite 206 des Entwurfs)  
Antrag: Aufnahme von DM 500.000 für das Haushaltsjahr 1986, damit mit den dringend notwendigen Vorarbeiten begonnen werden kann.
- L 528 (Seite 202 des Entwurfs)  
Antrag: Aufnahme von DM 200.000 in das Haushaltsjahr 1986 wegen dringend notwendiger Vorarbeiten.
- L 555 (Seite 202 des Entwurfs)  
Antrag: Aufnahme von DM 300.000 für das Jahr 1986 wegen der dringend notwendigen Vorarbeiten

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
KulturausschussesBerichterstatter Abgeordneter Böcker SPDBeschlußempfehlung

Die den Kulturausschuß berührenden Etatansätze des Einzelplans 11 werden mit den im Bericht genannten Änderungen, im übrigen unverändert, angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Kulturausschuß hat in seinen Sitzungen am 15. Januar, 22. Januar und 19. Februar 1986 die

Kapitel 11 040 - Titel 685 13

(Für wissenschaftliche Untersuchungen  
auf dem Gebiet der Freizeit)

Titelgruppe 70

(Für wissenschaftliche und experimentelle  
Untersuchungen auf den Gebieten der Stadt-  
entwicklung und des Bau-, Wohnungs- und  
Siedlungswesens)

Kapitel 11 070 (Denkmalpflege)

Kapitel 11 300 (Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust  
in Brühl)

beraten. Diese in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Etat-  
ansätze im Entwurf des Einzelplans 11 hat der Kulturausschuß  
mit nachstehenden Änderungen, im übrigen unverändert, ein-  
stimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Beratungen im einzelnen

Sach- und Investitionsausgaben

Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen  
und Verkehr

Titel 812 40 - Erwerb von Fernmeldeanlagen  
(Seite 26)

Der Ansatz wird um 240 000 DM auf 492 000 DM gekürzt.

Die Kosten der Fernmeldeanlage sind geringer ausgefallen als veranschlagt.

Die Ansatzreduzierung dient zur Deckung der Aufstockung bei Kapitel 11 070 Titel 893 60.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Kapitel 11 070 - Denkmalpflege

Titel 893 60 - Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im  
Inland

Der Ansatz wird um 240 000 DM auf 22 740 000 DM erhöht.

Die Erläuterungen werden wie folgt ergänzt:

"Zur Förderung im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (§ 7 in Verbindung mit § 35 DSchG), davon in Höhe von 3 105 000 DM mindestens für die romanischen Kirchen in Köln und in Höhe von 300 000 DM mindestens für den Dom zu Aachen. Gefördert werden Denkmäler im Eigentum von Privatpersonen und Kirchen."

Die Hervorhebung entspricht dem gestiegenen Restaurierungsbedarf am Dom zu Aachen. Die Gesamtinstandsetzungskosten werden auf 13 Millionen DM geschätzt.

Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag, der auch den Intentionen der anderen Fraktionen entsprach, wurde einstimmig angenommen.

Die Ansatzserhöhung wird aus Kapitel 11 010 Titel 812 40 gedeckt.

Dr. Beckel  
Vorsitzender



F1

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

21.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/323**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 11 wird unverändert zugestimmt.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat das in seine Zuständigkeit fallende Kapitel 11 100 des Einzelplans 11 in seinen Sitzungen am 22. Januar und 19. Februar 1986 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmte den Ansätzen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

Hegemann

Vorsitzender